

Das Calwer Wochenblatt erscheint wöchentlich zweimal, nämlich Mittwoch u. Samstag. Abonnementpreis halbjährlich 54 fr., durch die Post bezogen in Württemberg 4 u. 15 fr. — Einzelne Nummern kosten 2 fr.

# Calwer Wochenblatt.

In Calw abennirt man bei der Redaktion, auswärts bei den Boten oder dem nächstgelegenen Postamt. — Die Einrückungsgebühr beträgt 2 fr. für die dreiwöchentliche Zeile oder deren Raum.

Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.

Nro. 15.

Mittwoch, den 25. Februar.

1863.

**Auswärtige Privaten,** welche Anzeigen in das Wochenblatt einrücken lassen wollen, ersuche ich wiederholt, die Gebühren dafür gleich bei der Abgabe der Anzeige, also **zum Voraus,** zu bezahlen, da, wenn dieß nicht geschieht, die Gebühren für die Einrückung per Post nachgenommen werden müßten, wodurch jede, auch die kleinste, Anzeige für den Auftraggeber um einige Kreuzer vertheuert würde, da dieser das Porto allein zu tragen hat. Zugleich bitte ich zu beachten, daß Nichtannahme einer Nachnahme-Rechnung als Verweigerung der Zahlung betrachtet würde. **A. Delschläger.**

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Beschälplatte Herrenberg.

Die Stuenbesitzer werden benachrichtigt, daß auf der Station Herrenberg das Beschäl am 2. März d. J. seinen Anfang nimmt.

Calw, 24. Februar 1863.

Kön. Oberamt.  
Schippert.

Calw.

### Auswanderung.

Die ledige Marie Jakobine Seifried von Liebenzell wandert nach Baden, und die ledige Rosine Wolf von Gehingen nach Baiern aus, nachdem diese Personen die verfassungsmäßige Bürgerschaft gestellt, auch für etwaige Schulden Sicherheit geleistet haben.

Den 21. Februar 1863.

Kön. Oberamt.  
Att. Reuß, ges. St. B.

2)2. Calw.

### Schulden-Liquidation.

In der Gantfache des Johann Friedrich Beck, Wollwaaren-Fabrikanten von Calw, wird die Schulden-Liquidation sammt den gesetzlich damit verbundenen weiteren Verhandlungen am

Dienstag, den 17. März d. J.,  
Vormittags 8 Uhr,

auf dem Rathhause in Calw vorgenommen werden, wozu die Gläubiger und Bürgen andurch vorgeladen werden, um entweder persönlich oder durch hinlänglich Bevollmächtigte zu erscheinen, oder auch, wenn voraussichtlich kein Anstand obwaltet, statt des Erscheinens, vor oder an dem genannten Tage, ihre Forderungen durch schriftlichen Rezejß,

in dem einen, wie in dem andern Fall, unter Vorlegung der Beweismittel, für die Forderungen selbst sowohl, als für deren etwaige Vorzugsrechte, anzumelden. Die nicht liquidirenden Gläubiger werden, soweit ihre Ansprüche nicht aus den Gerichtsakten bekannt sind, an dem Schluß der Liquidationsverhandlung durch Bescheid von der Masse ausgeschlossen, von den übrigen nicht erscheinenden Gläubigern aber wird angenommen werden, daß sie hinsichtlich eines etwaigen Vergleichs, der Genehmigung des Verkaufs der Massegegenstände und der Bestätigung des Güterpflegers der Erklärung der Mehrheit ihrer Klasse beitreten.

Das Ergebnis des Liegenschafts-Verkaufs wird nur denjenigen bei der Liquidation nicht erscheinenden Gläubigern besonders eröffnet werden, deren Forderungen durch Unterpfand versichert sind, und zu deren voller Befriedigung der Erlös aus ihren Unterpfändern nicht hinreicht. Den übrigen Gläubigern lauft die gesetzliche fünfzehntägige Frist zu Beibringung eines bessern Käufers, in dem Fall, wenn der Liegenschafts-Verkauf vor der Liquidations-Tagsfahrt stattgefunden hat, vom Tage der Liquidation an, und wenn der Verkauf erst nach der Liquidations-Tagsfahrt vor sich geht, von dem Verkaufstage an.

Als besserer Käufer wird nur Derjenige betrachtet, welcher sich für ein höheres Anbot sogleich verbindlich erklärt, und seine Zahlungsfähigkeit nachweist.

Den 13. Februar 1863.

K. Oberamtsgericht.  
Hartmeyer.

### Forstamt Wildberg.

#### Stammholz-Verkauf

am Montag, den 2. März,  
Morgens 10 Uhr,  
auf dem Rathhause in Calw:

Revier Nagold:

aus den Staatswaldungen  
Herrenplatte 101 Stämme,  
Pfarrwald, Erlachberg 28 "  
Forst, Winterhalde 33 "

Revier Naislach:

aus den Staatswaldungen  
Schwärmis, Abth. 1 1044 Stämme,  
Rehgrund, Abth. 1 500 "  
" Abth. 2 203 "

Revier Schönbronn:

aus dem Staatswald  
Gmeindsberg 202 Stämme,  
durchaus liegendes Holz.  
Wildberg, 22. Februar 1863.

K. Forstamt.  
Niethammer.

Forstamt Wildberg.  
Revier Stammheim.

#### Holz-Verkauf

am Donnerstag und Freitag,  
den 5. und 6. März:

50 buchene  
10613 gemischte und  
6050 tannene Wellen.  
Zusammenkunft Morgens 9 Uhr bei der  
Saatschule im Mittleren Wald.  
Wildberg, 19. Februar 1863.  
K. Forstamt.  
Niethammer.

Revier Liebenzell.

#### Holz-Verkauf

am Freitag, den 27. d. M.,

Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhause in Wöttlingen:

vom Klingental, Lienzigshalde, Hagenich  
1175 Nadelholzstangen v 21—30' bis 4"  
640 " v. 31—35' stark.  
25 " über 35' stark.  
vom Nonamerberg  
750 Stück, 21—30' lang,  
415 " 31—35' "  
vom Simmoheimerwald  
1300 Stück, 7—10' lang,  
3450 " 11—15' "  
1830 " 16—20' "  
3325 " 21—25' "  
1450 " 26—30' "  
1000 " 31—35' "  
1500 " über 35' "

vom Hochholz

175 Stück, bis 15' lang,  
275 " 16—25' " bis 4"  
175 " 26—35' " stark,  
25 " über 35' "  
25 " 11—15' "  
82 " 21—30' "  
25 " 31—35' "  
91 " über 35' " stark.  
63 " 31—40' "

Neuenbürg, 19. Februar 1863.

K. Forstamt.  
Lang.

#### Akkord über Steinerkleinerung.

Auf der Calw-Stuttgarterstraße, Mar-  
tung Calw, werden zu außerordentlicher Aus-  
besserung

80 Hausen Kalksteine  
zur Zerkleinerung verakkordirt, wozu Akkords-  
Liebhaber auf nächsten

Samstag, den 28. d. M.,  
Nachmittags 2 Uhr,

auf die Straße eingeladen werden.

Um gefällige Bekanntmachung werden die Schultheißenämter ersucht.

Den 24. Februar 1863.

Aus Auftrag  
der K. Straßenbau-Inspektion:  
Straßenmeister Bauer.

Weil die Stadt.

### Bekanntmachung.



Den 28. d. M. werden die K. Landbeschäler auf hiesiger Beschälstation eintreffen und das Beschälere beginnt den 2. März. Beschäler.

- 1) Klinker, Schwarzbraun,
- 2) Victorin, Fuchs- und
- 3) Said, ein Schimmelhengst.

Die Stutenbesitzer werden ersucht, mit ihren Stuten zu gehöriger Zeit auf der Beschälstation zu erscheinen, indem bloß zu den bestimmten Tagesstunden und zwar Morgens 8 Uhr, Mittags 11 Uhr und Abends 6 Uhr Stuten angenommen und beschält werden.

K. Beschälaußsichtsamt.  
Thierarzt Zuder.

### Außeramtliche Gegenstände.

### Feuerwehr.

Der lederne Besatz von 150 Gurten ist zu vergeben.

Offerte sind binnen 8 Tagen einzureichen.  
A. A. des Verwaltungsraths:  
Georgii.

Für kommende Ostern und Confirmation erlaube ich mir eine neue Sendung

### schwarzer Thibets

in der bekannnten vorzüglichen Qualität, von 1 fl. per Elle an, sowie eine hübsche Auswahl

schwarzer Herren-Halstücher,  
gefarbter und weißer Levantine-  
Cravättchen

bestens zu empfehlen. Auch habe ich von einer Fabrik Muster von

### schwarzen Seidenzeugen

erhalten, welche bei vorzüglicher Qualität zu sehr billigen Preisen abgegeben werden.  
C. W. Heiler.

Die Unterzeichneten suchen gegen angemessenen Lohn und auf dauernde Beschäftigung

### 1 Handrauber

und mehrere Mädchen zum Anrücken von Flanellen und Decken.

Lustragende wollen sich melden bei  
Schill & Wagner.

### 300 fl. Pfleggeld

hat auszuleihen  
Ludw. Baither

## Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

Diese Anstalt vertheilt im Jahre 1863 an ihre Versicherten den Ueberschuß des Versicherungsjahres 1858, welcher 398,924 Thlr. beträgt und eine Dividende von **35 Prozent**

ergibt.

Nach den bereits vorliegenden Geschäftsergebnissen werden sich die Dividenden für 1864 auf 37 und für 1865 auf 38 Prozent erheben, mithin den Theilnehmern noch größere Vortheile zu Gute kommen.

Die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 1862 waren wiederum sehr befriedigend. Durch einen reichen Zugang an neuen Versicherungen (1557 Personen mit 3,177,100 Thlr.), welcher größer war, als in irgend einem der früheren Jahre, ist der Versicherungsbestand auf 24430 Personen mit 40,830,000 Thlr., der Bantfonds auf etwa 11,450,000 Thlr. gestiegen.

Bei einer Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von ungefähr 1,930,000 Thlr. waren nur 830,000 Thlr. für 515 gestorbene Versicherte zu vergüten, welcher Betrag wesentlich hinter der rechnungsmäßigen Erwartung zurücksteht.

Versicherungen werden vermittelt durch

Ferd. Georgii in Calw.  
Jakob Haist in Freudenstadt.

Nächsten Sonntag, sowie die ganze Woche über sind Lauenenregeln zu haben bei  
Friedrich Pfrommer am Leder-Gäß

### Holzschlägel

in mehr denn 10 Nummern empfehle ich den Herren Schuhmachern durchgehends das Pfd. à 16 fr.

Immanuel Heermann.

### Wollsortirer.

Es wird ein erfahrener Wollsortirer, der auch Kenntnisse im Garnwaschen besitzt, gegen guten Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. Wo? sagt die Redaktion.

### Neue Betten,

rein verlesene Bettfedern u. Flaum

empfehle ich zu ganz billigen Preisen  
2)2. Christoph Wirmann.

Calw

### Fahrniß-Versteigerung.

In Folge meines Hausverkaufs wird in meiner Wohnung auf dem Windhof am

Dienstag, den 3. März, von Nachmittags 1 Uhr an, eine Fahrniß-Versteigerung gegen gleich baare Bezahlung abgehalten und kommt vor:

- 100 Simri Haber,
- 50 Simri Dinkel,
- 50 Cenner Haberstroh;

Schreinwerk,  
worunter 1 Kasten, einige Bettladen, Stühle, ein gut erhaltener eichener Webstuhl sammt gut erhaltenem Webgeschirr, Feld- und Handgeschirr und allerlei Hausrath.

Weber Scheuerle's Witwe  
auf dem Windhof.

### Albert Schumann's Kunstfärberei und Seidendruckerei, Wascherei und Appretur in Göttingen

färbt alle Arten seidener, wollener und baumwollener Stoffe, als Kleider, Bänder, Blonden, Crêpe de chine, Sammet, Federn und Thibet, Tuch, Möbelstoffe, Teppiche u. s. w. in allen Farben aufs Brillanteste, bedruckt die betreffenden Stoffe in der geschmackvollsten Dessins und appretirt dieselben wie neu.

Weiße und bunte Seiden- und Wollstoffe werden vollkommen rein und ohne Nachtheil für die Farben gewaschen und appretirt.

Die Agentur (wohlf. Muster aufsteigen) besorgt bestens für Calw und Umgegend  
Chr. Dierlam, Vortemacher.

### Gut getrocknete Lohkäse

sind fortwährend zu haben bei  
Carl Bozenhardt, Rothgerber.

### Ein ordentliches Mädchen,

welches allen häuslichen Geschäften vorstehen kann, findet gegen guten Lohn und Behandlung bis Georgii eine Stelle; bei wem? sagt die Redaktion. 2)2.

### 50 fl. Pfleggeld

hat gegen gesetzliche Sicherheit sogleich auszuleihen  
Friedr. Schwaner, Rothgr.

### Geld auszuleihen.

Aus der Heiligenpflege in Schmiech sind 70 fl. gegen gesetzliche Sicherheit auszuleihen.

Zwenberga.

### Geld auszuleihen.

Bei der hiesigen G. meindepflege liegen 200 fl. gegen gesetzliche Sicherheit zu 4 1/2 Prozent zum Ausleihen parat. 2)2.

### Ueber den preussisch-französischen Handelsvertrag.

Bei der auch für den hiesigen gewerbereichen Bezirk so großen Wichtigkeit dieser Frage glauben wir eine öffentliche Besprechung über dieselbe nicht länger mehr unterlassen zu dürfen. Es ist gewiß sehr zu bedauern, daß die Polemik über den Handelsvertrag sowohl in öffentlichen Blättern, als in Versammlungen in ein Sta-

dium getreten ist, welches durch persönliche Verdächtigungen ehrenwerther Männer, sowie heftige und leidenschaftliche Angriffe nach beiden Seiten hin geeignet ist, eine unbefangene Beurtheilung der Vortheile und Nachtheile desselben zu untergraben, und den richtigen Standpunkt zu Erwägung derselben vollkommen zu verrücken. Wir werden daher bei Besprechung dieser wichtigen Sache den Par-



Leistungspunkt weder für, noch gegen denselben einnehmen, sondern vom allgemeinen deutschen Standpunkte ausgehen, der uns allein als maßgebend erscheint. — Betrachten wir zuerst die politische Seite des Handelsvertrags. Preußen hat zuerst im Einverständnisse mit den übrigen Zollvereinsstaaten die Unterhandlungen mit Frankreich eröffnet, später aber ohne Vorbehalt der Zustimmung derselben den Vertrag definitiv abgeschlossen, und erklärt nun, so wie der Vertrag vorliegt, muß er angenommen werden, Abänderungen daran werden nicht mehr gestattet, und wer denselben nicht beitreten will, dem wird mit Kündigung des Zollvereins gedroht! Woher, fragen wir, nimmt Preußen das Recht zu dieser Sprache? Es gebietet sich wie ein Diktator, der die alleinige Gewalt an sich gerissen, und nach alleinigem eigenem Ermessen über die materielle Wohlfahrt einer Bevölkerung von 32 Millionen gebietet will! Und selbst wenn der Vertrag ein Muster von Vollkommenheit wäre, so hätte Preußen, ohne von den sämtlichen Zollvereinsstaaten zum definitiven Abschlusse bevollmächtigt zu sein, nicht das Recht, diese Sprache zu führen. Preußen hat aber mit dem Abschlusse des Handelsvertrags, so wie er vorliegt, einen großen politischen Fehler begangen dadurch, daß es nicht vor Abschluß desselben mit Oesterreich wegen dessen gleichzeitigen Eintritts Verhandlungen eröffnete, und nach dem Abschluß letzteres sogar förmlich zurückgewiesen hat. Wir widerholen, daß wir diese Frage vom deutschen Standpunkte aus auffassen, also weder preussische noch österreichische Tendenzen verfolgen. Wir begründen dieses Urtheil damit, daß in erster Linie Preußen und Oesterreich Bundesgenossen sind, einander folglich näher stehen sollten, als Preußen und Frankreich. Es hätte somit auf der Hand liegen sollen, daß bei einem so tief eingreifenden Akte von Preußen in bundesfreundlicher Weise an Oesterreich die Aufforderung hätte ergehen sollen, sich an den Verhandlungen zu betheiligen. In zweiter Linie hätte sich für den seitberigen Zollverein in Oesterreich ein solch reiches Feld geboten, daß für allenfallsige Verluste, welche auf einer Seite durch den Vertrag mit Frankreich da und dort entstanden wären, auf der andern Seite wieder reiche Vortheile zu erzielen gewesen wären. Dabei wäre das Band mit Oesterreich fester geknüpft, statt gelockert worden, die gegenseitigen materiellen Vortheile hätten auch in politischer Beziehung reiche Früchte getragen, es wäre ein Schritt weiter für die deutsche Einheit geworden. Fassen wir die Sachlage von dieser Seite auf, so müssen wir sagen, daß Preußen in seiner Handlungsweise nicht zunächst für das materielle Wohl der Zollvereinsmitglieder, sondern für seine eigene politische Stellung in Deutschland sorgen wollte.

Gehen wir nun auf die handelspolitische Seite des Handelsvertrags über, so müssen wir voranstellen, daß wir in dem Abschlusse desselben im Allgemeinen nichts weniger als ein Unglück sehen können, daß wir im Gegentheile einen bedeutenden Fortschritt darin erblicken. Allein warum sind die Zollsäge herüber und hinüber so verschieden? Warum sollen z. B. — um eine der brennendsten Fragen, welche am meisten zur Erbitterung beigetragen hat, zu berühren, — die kanariischen Garne in den Zollverein um einen viel billigeren Zoll eingeführt werden können, als aus dem Zollverein nach Frankreich? Wir tabeln nicht den billigeren Eingangszoll in den Zollverein, aber den Mangel an Gegenseitigkeit tabeln wir, denn was dem Zollverein recht sein soll, das muß auch für Frankreich billig sein. So wie die Sachen jetzt stehen, haben unsere zollvereinsländischen Spinnereien die französische und englische Concurrenz im Zollverein auszuhalten, wogegen es ihnen aber in Folge der für die Einfuhr nach Frankreich festgesetzten viel höheren Zölle nicht möglich ist, ihre Garne nach Frankreich auszuführen. Und das soll doch offenbar der Zweck des Handelsvertrags sein, nicht die inländische Industrie theilweise zu ruinieren, sondern derselben neue Absatzwege zu verschaffen, wie ist dies aber möglich bei solcher Einseitigkeit? Es sind aber nicht bloß die Baumwollspinnereien, deren es doch eine erkleckliche Anzahl im Zollverein sind, sondern noch manche andere Gewerbszweige, deren Bestehung bei der Einfuhr nach Frankreich eine höhere ist, als in den Zollverein. Wenn nun auch andererseits viele Gewerbetreibende durch den Handelsvertrag ein bedeutendes Absatzgebiet sich erschlossen sehen, warum sollen denn aber Andere zurückgesetzt werden, die vermöge ihrer kostspieligen Einrichtungen doch sehr viel zur Steuerkraft beitragen? Es ist deshalb von Preußen sehr unrecht gehandelt, wenn es alle Aenderungs-Vorschläge zurückgewiesen hat,

denn Frankreich hätte sich ganz gewiß zu Modifikationen beuge lassen, wenn solche von Preußen besprochen worden wären. Von Seite der Freunde des Handelsvertrags ist es aber ebensowenig unrecht gehandelt, wenn sie über die Gegner desselben als Saugellener herfallen, während doch Frankreich selbst in den Tauschen des Handelsvertrags theilweise das Schutzsystem verleiht. Warum soll denn der Zollverein so sehr gefällig gegen Frankreich sein, seinerseits das Freihandelsystem einzuführen, während Frankreich ungleich höhere Zölle stipulirt? Dies wäre doch die Gemüthlichkeit etwas zu weit getrieben! — Also dahin geht unsere Ansicht: nicht Verwerfung des Handelsvertrags, sondern Vernützung seiner vortheilhaften Seiten für den Zollverein, und mögliche Modifikationen seiner nachtheiligen Punkte, denn bloß durch volle Gegenseitigkeit kann die nationale Ehre und Wohlfahrt befördert werden.

Aber Preußen besteht ja auf der unveränderten Annahme! Es will ja den Zollverein kündigen, wenn der Handelsvertrag nicht buchstäblich angenommen wird! Es mag Preußen im Augenblicke Ernst damit sein, allein es wird bestimmt nicht so weit gehen. Wir haben es bei Preußen schon zu oft erlebt, daß der Elefant eine Maus geboren hat, und hier kommen Preußens eigene materielle Interessen sehr bedeutend ins Spiel, denn bekanntlich ist unser süddeutscher Markt für Preußens Industrie ein so ausgiebiger und vortheilhafter, daß es selbst mindestens ebensoviele Nachteile ausgesetzt würde, als unsere Industrie. Jedenfalls gehen noch zwei Jahre darüber hin, bis die Auflösung des Zollvereins vor sich gehen könnte, und da in Preußen Vieles sehr wandelbar ist, so dürfen wir mit Bestimmtheit erwarten, daß wenn die kernirte Junkerberrschaft daselbst wieder ihr Ende erreicht hat, auch vernünftiger und deutschere handelspolitische Grundsätze Platz greifen, und dem nationalen Unglück oder Sprengung des Zollvereins vorgebeugt werde. Sollte aber wirklich der Zollverein schon vorher gelündigt werden, so sind wir fest überzeugt, daß in Preußen selbst die öffentliche Meinung sich so entschieden für die Beibehaltung desselben aussprechen wird, daß die Regierung ihrem Worte Kraft zu geben nicht im Stande sein wird.

Es ist gewiß im Interesse der Sache, wenn sich über diesen hochwichtigen Gegenstand noch weitere Stimmen hören lassen, damit die Ansichten, die durch verschiedenelei Einflüsse zu bearbeiten versucht werden, in mächtiger und unbefangener Weise sich abklären können.

### Tagesereignisse

— Calw, 23. Febr. In der letzten Freitag auf die Aufforderung des Herrn Dr. Widenmann in Teinach in Nr. 13. d. Bl. im Thudium'schen Saale stattgefundenen Versammlung Behufs Besprechung der preussischen Intervention in Polen, welche von einer Anzahl Mitglieder des deutschen Nationalvereins, wie auch von Nichtmitgliedern desselben, besucht war, einigte man sich über folgende Resolution: „In Erwägung, daß die Erhebung des polnischen Volkes gegen seine russischen Dränger ebenso berechtigt ist, wie die Erhebung Deutschlands gegen die französische Fremdherrschaft im Jahr 1813; — in Erwägung, daß das deutsche Volk ein schweres an dem polnischen Nachbarvolk begangenes Unrecht zu sühnen hat, und es ein deutsches Interesse ist, durch Wiederherstellung Polens die Macht Rußlands zu verringern; — in Erwägung, daß die Unterlassung auch des Wenigsten, was Polen von uns erwarten kann: — Einhaltung strengster Neutralität — unserem westlichen Nachbar den längst gewünschten Vorwand zu einem Streit mit uns geben würde; — erklären wir es als erste Pflicht aller deutschen Regierungen, gegen das dermalige Verfahren der preussischen Regierung die entschiedenste Einsprache zu thun, und drücken zugleich unsere volle Anerkennung für die preussische Abgeordnetenkammer aus, welche in dieser Frage mit der gleichen Pflichttreue für das Interesse des deutschen Volkes einsteht, mit welcher es das kurhessische Verfassungsrecht zum Siege geführt hat.“ Nachdem noch einige Anwesende ihren Beitritt zum Nationalverein erklärt hatten, trennte man sich in der Absicht, solche Zusammenkünfte regelmäßig zu wiederholen.

— Stuttgart. Die Einberufung des Landtags soll nach dem Antrage des Ministerraths, der unter Vorsitz Sr. K. Hochd. Kronprinzen sich über diese Frage berathen, wozu der König in Württemberg die Genehmigung zu ertheilen hat, für die Woche nach Ostern erfolgen. Man glaubt, die Session werde etwa drei Monate dauern; ein

längerer und dann auch für den verhängnisvollen Handelsvertrag und für den Fortbestand des Zollvereins entscheidender Landtag werde erst im Spätherbst wieder zusammentreten.

— **Kottenburg, 21. Febr.** Vor wenigen Tagen zog ein 13-jähriger Knabe mit eigener Lebensgefahr ein 14jähriges Mädchen aus den Wellen des Neckars, das in Ermangelung anderweitiger Hilfe unrettbar verloren gewesen wäre, wenn der wackere Junge nur eine Minute geschwankt und gezögert hätte. (Schw. M.)

— **Aus Baiern, 21. Febr.** Dem Vernehmen nach hat das bayerische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Circularnote erlassen, worin es, im Falle der Sprengung des Zollvereins durch Preußen, einladet, einen besondern Zollverein zu bilden, in welchem wohl Oesterreich seinen Platz finden würde.

— **Kassel, 18. Febr.** Die Staatsregierung hat Weisung ertheilt, die den Mitgliedern der vorigen Ständeversammlung verweigerten Diäten und Reisekosten sammt Zinsen und Proceßkosten auszuführen.

— **Dresden, 14. Febr.** Die Handels- und Gewerbekammer des Dresdener Regierungsbezirks hat in ihrer vorgestrigen ersten öffentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, auf Vereinfachung des Portofachses von drei Groschen auf einen in ganz Deutschland hinzuwirken. (Schw. M.)

— **Berlin, 18. Febr.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stellten die Abgeordneten v. Carlowitz und Schulze eine Interpellation, dahin lautend: ob die Regierung mit Rußland einen Vertrag zum Behuf einer Hilfsleistung bei Unterdrückung des polnischen Aufstandes abgeschlossen habe, und eventuell, welchen Inhalts derselbe sei? Die Beantwortung dieser Interpellation hat Hr. v. Bismarck einfach abgelehnt. In der darauf folgenden Discussion nennt v. Arnim Preußens Politik Rußland gegenüber kurz-sichtig und führt einige Beispiele hiefür an. Ferner sagt er: Am Ende der Befreiungskriege sei noch eine polnische Armee dagewesen, und wenn in Frankreich kein Bourbonne auf dem Throne gesessen hätte, so würde Polen vielleicht frei geworden sein. Jetzt aber sitze ein Napoleon auf dem französischen Throne und die Sache liege anders. England habe seine Warnungstimme bereits ertönen lassen, und wenn Frankreich noch nicht gesprochen habe, so komme dies daher, weil es ihm zu sprechen noch nicht an der Zeit erscheine; sei Preußen aber in Polen erst hinreichend engagirt, so werde Frankreich gewiß schon sprechen. Einen populäreren Grund zu einem Kriege könne Frankreich nicht finden. Schließlich sagt er: für eine aggressive Politik werde das Haus keinen Thaler bewilligen. Der Herr Ministerpräsident erklärt, es sei kein Truppentheil mobil gemacht; hätte die Regierung nichts gethan, so würde man ihr den Vorwurf der Kurzsichtigkeit wegen Nichtschutzes der preussischen Unterthanen gemacht haben. Die Truppen gebrachten oft vierzehn Tage bis zum Bestimmungsort; was innerhalb solcher Zeit geschehen könne, lasse sich nicht vorhersehen. Die Regierung treibe nicht russische, sondern preussische Politik. Gegenvorstellungen fremder Regierungen seien nicht erfolgt. Der Abg. Waldeck sagt, das Schweigen des Ministers beweise die Existenz der Convention; sonst sei es seine Pflicht gewesen gegen das Land und Europa, dieselbe einfach zu verneinen. Ein hierauf von den Abgeordneten v. Hoyerbed und v. Carlowitz eingebrachter und von 134 Mitgliedern unterstützter Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: das Interesse Preußens erfordert, daß die Königl. Staatsregierung gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch den Ausländern irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das preussische Gebiet ohne vorgängige Entwaffnung zu betreten“, wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. — 21. Febr. Die wegen der polnischen Angelegenheit ernannte Kommission hielt gestern Abend von 5—9 Uhr Sitzung. Der Antrag von Hoyerbed-Carlowitz wurde von der Kommission angenommen und wird der Bericht heute festgestellt werden. — In der Budget-Commission wurde der vom Minister des Innern beanspruchte geheime Polizei-Fonds von 80,000 Thln. ganz gestrichen. — **Breslau, 16. Febr.** Die Polizei hat durch ein Circular die Zeitungredactionen ersucht, über militärische Maßregeln, Truppenisolirungen u. keine Berichte mehr zu veröffentlichen. (Fr. A.) — **Speyer, 18. Febr.** Der Regierungskommissär erklärte in der Ständeversammlung, die (einstimmig genehmigte) Adresse werde vom König nicht angenommen werden. (Schw. M.)

— **Wien, 13. Febr.** Wie die „West. Ztg.“ vernimmt, wird die Armee im Venetianischen wieder bedeutend reduziert, und schon im Laufe dieser Woche soll ein namhafter Theil des Heeres entlassen werden. (Fr. A.) — 21. Febr. Graf Rechberg hat dem englischen Botschafter erklärt, daß Oesterreich politische Flüchtlinge aus Polen, wenn sie keiner anderen Verbrechen überwiesen sind, nicht ausliefern werde. Den Krakauer Behörden ist die Weisung zugegangen, die verwundeten Insurgenten, wenn sie auf das österreichische Gebiet flüchten, in die dortigen Spitäler aufzunehmen. (Schw. M.)

**Von der polnischen Grenze, 19. Febr.** Die telegraphischen Depeschen der letzten Tage haben beinahe ausschließlich Niederlagen der Insurgenten in Polen berichtet, so daß man glauben sollte, der Aufstand sei schon vollständig niedergeschlagen, während die Besorgnisse der Bevölkerung Warschau's, die Nichtunterbrechung des Heranzugs russischer Truppen aus dem Innern dagegen sprechen. Der „Sächs. Ztg.“ schreibt ein Korrespondent aus Rattowitz u. A.: die Zahlenangaben der bei den bisher bekannt gewordenen Ueberfällen und Gefechten Getöbten, mögen sie der aufständischen Partei oder derjenigen der Russen angehören, beruhen meist nur auf Vermuthungen oder Aeußerungen der an der Grenze stationirten Beamten. In genau unterrichteten und dabei unparteiischen polnischen Kreisen wird versichert, daß die Insurgenten vor der Hand an einen augenblicklichen ernstn Angriff nicht nur nicht denken, sondern auch jeglichen Zusammenstoß mit den concentrirten russischen Truppen zu vermeiden suchen. Obgleich sie an einzelnen Orten in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl ihre Aufstellung unternommen haben, sind den Ausländern von ihren Führern die gemessensten Befehle zugegangen, ihren Sammelplatz sofort zu verlassen und ohne Kampf zu weichen, sobald sie einen Angriff, er komme von welcher Seite er wolle, zu gewärtigen haben sollten; es würde ihnen vielmehr nach allseitig beendeter Kampfbereitschaft das Zeichen zur gemeinsamen That erst noch gegeben werden.

**Polen. Warschau, 14. Febr.** Heute sollen alle Pferde der hiesigen Feuerwehrt und die Mannschaften nach der Citadelle geschickt werden. Man fürchtet dieses Corps, das meistens aus Polen besteht, und sich im Falle eines Aufstandes in Warschau sofort mit den Insurgenten verbinden würde. — 17. Febr. Der heutige „Dziennik“ veröffentlicht eine Verordnung, welche die Militärführer zur Aufrechterhaltung der Kriegszucht und zur kriegsgerichtlichen Bestrafung gemeiner Verbrechen anweist, ferner den Einwohnern den Besitz von Waffen und revolutionären Schriften verbietet, und jedes Haus, aus dem auf Militär geschossen würde, mit Niederreißung bedroht. — Der vom Nationalcomité eingesetzte geheime Chef der Hauptstadt hat nicht nur dem preussischen, sondern auch dem österreichischen Generalconsul wegen ihres Verhaltens in der jetzigen polnischen Krise offizielle Zuschriften, mit dem Nationalstempel versehen, zugesandt und ihnen die Unterlassung aller feindlichen Schritte gegen Polen in sehr energischen Ausdrücken ans Herz gelegt.

**Rußland.** Auch von St. Petersburg aus scheint nun Ernst mit dem Aufstand in Polen gemacht zu werden, denn die ganze zweite Garde-Infanterie-Division rückt nach Wilna ab, um die drei Divisionen des ehemaligen ersten Armeecorps, jetzt Militärbezirk Wilna, für Polen selbst verfügbar zu machen. Auch eines der Gardeschützenbataillone, entweder das des Kaisers oder der kaiserl. Familie, geht mit nach Wilna, ebenso die zweite Gardeartilleriebrigade (drei Batterien) unter dem Generalmajor Ratsch. Die Truppen können in zwei Tagen in Wilna sein, und der Kaiser mustert heute auf dem Schloßplatz das Pawlowsche Regiment, morgen die andern Regimenter vor ihrem Abrücken nach Wilna. Es herrscht in den Truppen eine außerordentliche Begeisterung; ersichtlich gehen sie ihrer Bestimmung mit dem festen Entschluß, dem Vertrauen des Kaisers zu entsprechen, entgegen. (Schw. M.)

**Frankreich. Paris, 21. Febr.** Im Constitutionnel kennzeichnet Limeyrac das Bedenkliche und Folgenschwere der Haltung Preußens, dazu angehan eine europäische Frage aus der polnischen zu machen, den Welttheil in tiefe Unruhe zu stürzen, die Reime schwerer Verwicklung auszustreuen. Ganz Europa tadelt diese Politik, welche Preußen verfolge. (Tel. d. St. A.) — Die „Opinion nat.“ meldet unter allem Vorbehalt, daß die französische Regierung sich für eine diplomatische Intervention zu Gunsten Polens entschieden habe. (Fr. A.)